

DIE DESTRUKTION DES DIALOGS. ZUR INNENPOLITISCHEN INSTRUMENTALISIERUNG NEGATIVER FREMDBILDER UND FEINDBILDER.

Ein systemübergreifender Vergleich: Polen, Tschechien, Deutschland
und die Niederlande 1900-2005.

Die deutsch-polnischen Beziehungen mussten in den letzten Jahren eine Reihe von Belastungsproben bestehen und es hat zumindest auf politischer Ebene den Anschein, als sei man einander wieder fremder als noch in den 1990er Jahren. Vor allem die Debatte über das vom Bund der Vertriebenen initiierte „Zentrum gegen Vertreibungen“ sowie die Aktivitäten der so genannten „Preußischen Treuhand“ haben sich negativ auf das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland ausgewirkt. Dementsprechend verfolgte die u. a. von der Volkswagen-Stiftung finanzierte Tagung des Deutschen Polen-Instituts (DPI) Darmstadt zur „innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremdbilder und Feindbilder“ ganz explizit das Ziel, im Deutsch-Polnischen Jahr 2005/2006 in historisch-vergleichender Perspektive nach den Kontinuitäten von Feindbildern, ihren Wirkmechanismen sowie nach den Möglichkeiten ihrer Überwindung zu fragen. Dieser aktuelle Bezug mit Appellcharakter birgt zwar die potentielle Gefahr, historische Ansätze auf ihre Verwertbarkeit für den Abbau von Feindbildern qua Maßnahmenkatalog zu reduzieren. Dem wurde jedoch durch die Einbeziehung einer tschechischen sowie einer niederländischen Perspektive Rechnung getragen. Die Leitfragen der Konferenz richteten sich zudem weniger auf die Inhalte der Feindbilder als vielmehr auf die Umstände und Protagonisten ihrer Instrumentalisierung, Kontinuitäten über Systemwechsel hinweg sowie auf die Resonanz und die langfristigen Folgen, die solche Bilder auf das zwischenstaatliche Verhältnis haben können.

Den Ansatz der Tagung, Feind- und Fremdbilder aus aktueller wie historischer Perspektive in den Blick zu nehmen, rechtfertigt nicht zuletzt auch deren Indienstnahme als Vehikel politischer Legitimation und Mobilisierung in Geschichte und Gegenwart. Aus diesem Grund stellt sich auch die Frage nach der Langlebigkeit und Nachhaltigkeit von Stereotypen sowie nach ihrer Wirksamkeit insbesondere in den deutsch-polnischen Beziehungen. Die Organisatoren Dieter Bingen, Peter Oliver Loew (beide DPI) und Kazimierz Wóycicki (Szczecin/Stettin) machten eingangs darauf aufmerksam, dass die Permanenz von Stereotypen angesichts der Erfolge deutsch-polnischer Politik seit 1989 ein insgesamt erstaunlicher Befund sei. Die völlig unterschiedlichen Geschichtserfahrungen in Polen und Deutschland würde die Diskussion vieler Themen nicht einfach machen, doch seien beide Länder reif genug, hierüber gemeinsam zu reflektieren.

Obwohl bereits die Definition des Begriffes „Feindbild“ erweist sich als schwierig. Dies zeigten die zwei theoretisch orientierten Eingangsreferate, die die Bandbreite zwischen einer sozialpsychologischen Perspektive, die Feindbilder als menschliche Konstante irrationaler Sinnstiftung versteht (Josef Berghold, Innsbruck) und einem philosophischen Ansatz (Małgorzata Bogaczyk, Warschau) abschritten. Der rein theoretische Zugang zur Thematik blieb in der Diskussion jedoch kontrovers, führt

doch die Verabsolutierung verhaltenspsychologischer Konstanten die Frage nach der Überwindung von Feindbildern ad absurdum.

Immerhin bestätigen die nachfolgenden konkreten Analysen die allgemeine Theorie insofern, als Feindbilder nicht das Ergebnis schlechter Erfahrungen sein müssen und umgekehrt positive Eindrücke nicht notwendigerweise zur Überwindung negativer Stereotype führen. Darüber hinaus verhindern Feindbilder in der Tat oftmals – wie das Konferenzthema bereits suggeriert – den Dialog. Feindbilder beruhen auf realen Voraussetzungen – etwa den Erfahrungen in Polen während der NS-Besatzung. Gerade dieser Kern macht die Macht und Latenz von Feindbildern aus, die durch neue Erfahrungen aber auch abbaubar sein müssten.

Das erste Panel zu den historischen Wurzeln von Feindbildern zeigte einerseits die Komplexität des Phänomens, andererseits auch die Schwierigkeit, methodisch adäquate Fragestellungen zu entwickeln. Vor dem historischen Hintergrund des geteilten Polens illustrierte dies Szymon Rudnicki (Warschau) am Beispiel des Begründers der Nationaldemokratie (Endecja), Roman Dmowski (1864-1939), und der Wandlungen, denen dessen Bild von Deutschland bzw. der preußischen Teilungsmacht im Laufe der Jahrzehnte unterlag: Hatte Dmowski die Deutschen vor dem Ersten Weltkrieg als „ernst zu nehmende politische Feinde bzw. Gegner“ wahrgenommen, veränderte sich seine Sichtweise auf die Lage Polens zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion nach 1918, in den 1930er Jahren fanden schließlich rassistische Konzepte Eingang in seine Schriften.

Einen anderen Zugang wählte Ingo Loose (Berlin), der am Beispiel der Transformation Großpolens (Wielkopolska) nach 1918 zeigte, wie wichtig die Unterscheidung zwischen Makro-, Meso- und Mikroebene bei der Lokalisierung von Feindbildern (Trägerschichten) ist. Die Propagierung antideutscher Stereotype etwa durch die Endecja bedeutete nicht, dass diese Ideologeme auf einer Mikroebene tatsächlich wirksam wurden bzw. sich signifikant auf das Verhältnis von Deutschen und Polen auswirkten. Vielmehr berge die Suche nach Feindbildern auch die Gefahr in sich, diese zu perpetuieren und Feindbilder auch dort zu finden, wo eher strukturelle Kontinuitäten und Dialog das Bild bestimmten.

Wie wenig Stereotype und Feindbilder eines realen Kerns bedürfen, zeigte Martin J. Wein (Beer-Sheva) am Beispiel der tschechisch-jüdischen Solidarität. Trotz geringer Berührungspunkte wurden von beiden Gruppen bereits im 19. Jahrhundert viele Bezüge ausgemacht. Unter der nationalsozialistischen Verfolgung verstärkte sich diese Tendenz, eine Parallele zwischen dem Schicksal von Tschechen und Juden zu ziehen. Dieser jüdisch-tschechische „Gedächtnistransfer“ – so Wein – sei nach 1945 auch nach Israel exportiert worden und finde sich noch heute vereinzelt im politischen Diskurs Israels, etwa wenn Rechtskonservative die Oslo-Verträge als „israelisches München“ charakterisierten.

Markus Krzoska (Mainz) befasste sich mit den deutsch-tschechischen Beziehungen in Böhmen und setzte die wachsende Zahl von Feindbildern mit der Industrialisierung und der Angst der Deutschen vor einer Majorisierung durch die Tschechen in Verbindung. Getragen vom Bürgertum sei der Sprache als Medium der Abgrenzung besondere Bedeutung zugekommen, weshalb auch die Sprachreform Graf Badenis (1897) weniger die Zweisprachigkeit gefördert als den Widerstand auf

deutscher Seite intensiviert habe. Diese Abwehr habe schließlich in der Schönerer-Bewegung mit ihren stark antisemitischen Tendenzen gemündet. Insgesamt zeichnete Krzoska das Bild einer deutlichen Trennung zwischen Tschechen und Deutschen, Letzteren sei nach 1918 die mentale Transformation von der deutschen Mehrheit zu einer sudetendeutschen Minderheit nicht gelungen.

In einem zweiten, überblicksartig angelegten Panel skizzierte Piotr Madajczyk (Warschau) die strukturellen Voraussetzungen für die Virulenz antideutscher Feindbilder in Polen zwischen 1944 und 1989. Am Ende des Zweiten Weltkrieges sei das deutsche Feindbild in Polen nicht nur überaus wirksam sondern auch höchst real gewesen: Nachkriegspolen litt unter Bevölkerungsverlusten, Migration und materiellen Problemen größten Ausmaßes. Das wichtigste Legitimationsproblem des Regimes sei jedoch die territoriale Verschiebung des Staates gewesen, d. h. der Verlust der polnischen Ostgebiete und der Zugewinn im Westen. Für die Integration der Gesellschaft habe das Bild der revisionistischen Bundesrepublik eine wichtige Rolle gespielt. Erst ab Ende der 1960er Jahre sei der „Antigermanismus“ zugunsten eines nur notdürftig als „Antizionismus“ kaschierten Antisemitismus zurückgegangen. In den 1970er Jahren sei es dann allgemein zu einem deutlichen Ideologieverlust gekommen.

Den nach wie vor deutlich erkennbaren Unterschied zwischen einer nationalen polnischen und einer eher staatsbürgerlichen deutschen Perspektive auf die Geschichte versuchte Klaus Bachmann (Wrocław/Breslau) mit dem Modell einer inklusiven bzw. exklusiven Rekonstruktion von Vergangenheit zu erklären: Während die inklusive Perspektive eine möglichst große Zahl von Betroffenen einschlieÙe (z. B. „Das deutsche Volk wusste nichts Holocaust“), grenze die exklusive Sichtweise möglichst viele Menschen aus (z. B. „Nur die Kommunisten haben gegen den Nationalsozialismus gekämpft“). Nach 1945 sei in Deutschland das Niveau der Inklusivität sehr hoch gewesen, erst im Laufe der Jahrzehnte sei es von einer exklusiven Perspektive abgelöst worden. Indessen sei die Entwicklung in Polen genau umgekehrt verlaufen. Aller Anschaulichkeit zum Trotz besitzt dieses Modell nur eine beschränkte Erklärungsreichweite und stößt dort an seine Grenzen, wo es eine evolutionäre Entwicklung konstruiert, die der gesellschaftlichen Komplexität nicht gerecht wird. So lassen sich etwa die Renationalisierung in Deutschland seit den 1990er Jahren oder die polnischen Diskussionen über die eigene Rolle während des Zweiten Weltkrieges nicht adäquat in dieses bipolare Schema einordnen.

Wie sehr sich die Mechanismen politischer Instrumentalisierung von Feindbildern hüben wie drüben ähneln, zeigte Klaus-Peter Friedrich (Marburg) in seinem anschaulichen Beitrag über die Angaben zu den Opfern des Zweiten Weltkrieges, mit denen in Polen und Deutschland operiert wurde: 1947 erschien in Polen ein Bericht, in dem von 6,028 Millionen polnischen Kriegsopfern (davon „rund drei Millionen Juden“) die Rede war. Diese Zahl wurde in späteren Jahrzehnten „kanonisch“. Erst in den 1990er Jahren, als auch die Entwicklung in den von der Sowjetunion annektierten Gebieten, in denen viele bis dahin als Kriegstote geführte Polen geblieben waren, berücksichtigt werden konnte, wurde diese Angabe in Frage gestellt. Mittlerweile wird davon ausgegangen, dass die Zahl der nichtjüdischen Opfer in Polen zwischen 500 000 und 1,4 Millionen Menschen liegt.

Dass falsche Zahlen, werden sie nur oft genug wiederholt, irgendwann nicht mehr hinterfragt werden, trifft in noch stärkerem Maße auf die angeblich zwei Millionen deutschen Vertreibungsoffer zu. Auch die Charakterisierung der Vertreibung als Genozid lasse die politische Instrumentalisierung nur allzu deutlich erkennen, argumentierte Friedrich. Nicht zuletzt sei die Zahl der Vertreibungstoten, von der in der seriösen Forschung ausgegangen werde (ca. 600000 Tote, davon 400000 in Polen), deutlich zu trennen von der der intentionalen Morde, Racheaktionen etc., die noch einmal deutlich darunter liege.

Ein abschließendes Panel vereinte eine Reihe von Beiträgen, die sich mit der Entwicklung von den 1990er Jahren bis zur Gegenwart befassten. Miroslav Kunštát (Prag) zeigte die Interaktion zwischen tschechischen Selbstbildern und antideutschen Feindbildern, bei der ältere Diskurse immer wieder aktualisiert werden. Die Beneš-Dekrete machten als Chiffre auf tschechischer wie (sudeten)deutscher Seite allerdings erst in den 1990er Jahren „Karriere“, in denen die deutsch-tschechischen Beziehungen zum Pflichtthema für alle politischen Parteien in Tschechien avancierten.

Zwei Beiträge zum Fremdbild in polnischen Wahlkampagnen der letzten Jahre (Agnieszka Stepińska, Poznań/Posen) sowie zur Konstruktion des kommunistischen Feindes in Polen nach 1989 (Artur Lipiński, Poznań) führten zu der für die Gesamthematik der Tagung durchaus zentralen Frage, inwieweit Feindbilder in der politischen Auseinandersetzung einer Demokratie gleichzusetzen seien mit Feindbildern in bilateralen Beziehungen. Auch negative Bilder des innenpolitischen Gegners – so wurde vereinzelt kritisiert – seien ungeachtet der Ähnlichkeiten der politischen Sprache dem Wesen und der Wirkung nach etwas völlig anderes als äußere Feinde.

Anna Wolff-Powęska (Poznań) verwies auf die auch nach dem EU-Beitritt Polens in der politischen Rechten weiterhin virulenten antideutschen Verschwörungstheorien, in denen etwa Investitionen als „weiche Germanisierung“ interpretiert würden und ein deutsch-russisches Kondominium beschworen werde. Der außenpolitische Kurs Polens, argumentierte Wolff-Powęska, sei stabil und kontinuierlich auf die europäische Integration orientiert. Doch hingen außenpolitische Erfolge oft davon ab, was Politiker innenpolitisch zu riskieren bereit seien (Brief der polnischen Bischöfe 1965, Willy Brandts Ostpolitik etc.). Entscheidend sei dabei letztlich der Faktor Zeit, dessen es bedürfe, um Differenzen und negative Stereotype zu beheben. Diesen Befund ergänzte Stefan Garsztecki (Bremen) in seinen Ausführungen über das Deutschenbild im polnischen Europadiskurs. „An der Basis“ funktionierten die deutsch-polnischen Beziehungen recht gut, Probleme bestünden eher bei den Eliten. Die Bundesrepublik habe den Vertrauensvorsprung, den sie als Anwalt des polnischen EU-Beitritts besaß, verloren, bis jetzt sei jedoch das Gespräch auf gleicher Augenhöhe noch nicht gefunden worden. Eine solche Entwicklung werde auch dadurch erschwert, dass man zu wenig vom jeweiligen Nachbarn wisse. Wies Garsztecki auf weit verbreitete Polen- und Deutschlandbilder hin – so etwa die polnische Vorstellung von der „antiamerikanischen“ Bundesrepublik und die deutsche Einschätzung, Polen sei „proamerikanisch“ – befasste sich Peter Oliver Loew (Darmstadt) mit den antipolnischen Feindbildern der deutschen Rechtsradikalen. Am

Beispiel verschiedener rechtsradikaler Periodika charakterisierte er drei vorherrschende Elemente der dort vermittelten Sicht auf Polen: erstens die proamerikanische Haltung Polens, besonders im Zusammenhang mit dem zweiten Irakkrieg, zweitens die Position Polens in der Europäischen Union, die zugleich mit einer Globalkritik der Rechtsradikalen an der EU verbunden werde und drittens die Frage der deutschen Ostgebiete und der Vertreibungen, wobei die Revision der deutschen Ostgrenze nach wie vor Teil verschiedener Parteiprogramme sei. Hierbei werde deutlich, so Loew, dass die Grenze zur pathologischen Immunität gegen historische Aufklärung bereits überschritten sei.

In der abschließenden Plenumsdiskussion hob Hans-Adolf Jacobsen noch einmal hervor, für wie wichtig er – auch auf der Grundlage seiner langjährigen persönlichen Erfahrungen im deutsch-polnischen Dialog – das Aufbrechen von Feindbildern gerade auf der Mikroebene halte. Letztlich sei das der einzige Weg, eine politische Instrumentalisierung auf der Makroebene zu verhindern. Angesichts der Stereotype, die im rechten Parteienspektrum Polens in Bezug auf Deutschland und vice versa nach wie vor virulent seien, sei dies ein dringendes Gebot. Beunruhigend sei, so hob Dieter Bingen hervor, dass sich die liberalen Parteien in Polen aus wahlstrategischen Gründen gegenüber diesen rückwärts gewandten Konzepten defensiv verhielten. Eine Überwindung historisch gewachsener Feindbilder, betonte auch Bingen, sei am ehesten auf der Mikroebene zu erhoffen, auf der die gemeinsamen Kontaktzonen erweitert werden müssten. Mangelndes Wissen über Polen in Deutschland stehe dabei einer fehlenden bzw. geringen „Westkenntnis“ der polnischen Eliten gegenüber. Da Feindbilder langlebig seien, müsse man auf die Zeit setzen. So sei es unrealistisch, für die wenigen Jahre, die seit 1989 bzw. dem EU-Beitritt Polens vergangen sind, wesentliche Veränderungen der Stereotype zu erwarten.

Von dieser anregenden Tagung brauchbare Rezepte zur Überwindung nach wie vor wirksamer Feindbilder zu erwarten, hieße wohl die Möglichkeiten der Politologie und Geschichtswissenschaft zu überschätzen. Dass die Wissenschaften selbst – allen voran die Historiographie – als Medium und Stabilisator vieler Feindbilder auf der Tagung kaum thematisiert wurden und die noch in den 1990er Jahren heftig diskutierten Exponenten einer deutschen „Ostforschung“ keine Erwähnung fanden, zeigt, dass dieses Thema seine Brisanz für den deutsch-polnischen Dialog offenbar verloren hat. Dies allerdings verweist auf einen Aspekt, dessen Erörterung während der Tagung eindeutig zu kurz gekommen ist, nämlich auf die Frage nach dem generationellen Faktor bei der Langlebigkeit von Feindbildern. Ein Ungleichgewicht bestand auch zwischen den zahlreichen auf Polen bezogenen Referaten und den wenigen Beiträgen, die sich mit Feindbildern in der Bundesrepublik befassten. Auch das war wohl dem Forschungsstand und -interesse geschuldet. Über ihren breiten thematischen Ansatz hinaus stellte die Tagung implizit auch die Frage, welche Rolle die Geistes- und Geschichtswissenschaften in Zukunft spielen möchten. Will die historische Analyse ihre Aufklärungskraft nicht gänzlich verlieren, wird sie sich einer stärkeren Anbindung an die Gegenwartsdiskurse kaum entziehen können. Gerade bei Feindbildern komme es, wie Wolff-Powęska hervorhob, auf eine Popularisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse an, ohne die historisches Wissen letztlich wertlos bleibe. Eine genauere Verortung von Feindbildern vor allem in der makro-

politischen Sphäre ist jedoch allemal ein Erfolg, der sich sehen lassen kann. Darüber hinaus unterstreichen sowohl die historischen als auch die zeitgenössischen Perspektiven, dass sich die Instrumentalisierung und Perpetuierung von Feindbildern – wenn überhaupt – bestenfalls kurzfristig, niemals jedoch langfristig „lohnt“.

Ein Tagungsband ist für 2006 im Harrassowitz-Verlag Wiesbaden in Vorbereitung.